

„Das falsche Signal“

DIW-Energieexpertin **Claudia Kemfert** warnt davor, die Brennelementesteuer aufzugeben. Sie müsse jedoch in den Umbau des Energiesystems fließen, nicht in die Etatsanierung

von **Thomas Schmidutz**

Die Energieexpertin Claudia Kemfert hat die umstrittene Brennelementesteuer verteidigt. Die Mittel sollten jedoch nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden, sondern in den Umbau des Energiesystems fließen. Die Energiekonzerne hätten in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Zusatzgewinne durch die kostenlose Zuteilung von CO₂-Zertifikaten eingefahren, sagte die Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Eine mögliche Laufzeitverlängerung würde bei den Betreibern von Atomkraftwerken zu Extragewinnen von 6,4 Milliarden Euro pro Jahr führen, sagte die Beraterin von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso.

Euro am Sonntag: Frau Professor Kemfert, Bundeskanzlerin Angela Merkel ist von der geplanten Brennelementesteuer abgerückt. Knickt Berlin vor der Macht der Versorger ein?

Claudia Kemfert: Wenn die Bundesregierung von der Brennelementesteuer wirklich abrückt, lautet die Antwort eindeutig: Ja. Und das ist das falsche Signal. Die Brennelementesteuer ist ein richtiges und wirkungsvolles Instrument.

Euro am Sonntag: Wieso?

Kemfert: Der Staat benötigt Geld zur Sanierung maroder Atom Mülllager. Zudem muss das Energiesystem umgestellt werden. Die Konzerne haben in der Vergangenheit enorme Zusatzgewinne

durch die kostenlose Zuteilung von CO₂-Zertifikaten geschenkt bekommen. Nach unseren Berechnungen erhalten die Konzerne bis zu 6,4 Milliarden Euro Extragewinne durch Kernkraftwerke – pro Jahr. Um diese Verzerrung zu beheben, wäre die Brennelementesteuer goldrichtig.

Euro am Sonntag: Statt der von der Bundesregierung bislang favorisierten Brennelementesteuer plädieren die Atomkraftwerksbetreiber für die Einrichtung eines Fonds von bis zu 30 Milliarden Euro, in den sie während der angestrebten Verlängerung der Restlaufzeiten über 2020/2021 hinaus jährlich einzahlen würden. Wäre das besser?

Kemfert: Nein. Die Brennelementesteuer wäre ein wirkungsvolles Instrument, das man nicht aufgeben darf. Ich sehe nicht wirklich einen Vorteil eines Fonds, außer dem, dass man das Geld zweckgebunden für den Umbau des Energiesystems einsetzt. Somit wäre der Kompromiss, dass eine Brennelementeabgabe eingeführt wird, die Gelder aber nicht wie geplant zur Stopfung von Haushaltslöchern eingesetzt werden, sondern zweckgebunden für den Umbau des Energiesystems – also etwa für Infrastruktur, Ausbau erneuerbarer Energien oder aber intelligente Netze.

Euro am Sonntag: Nun gibt es beim derzeit gültigen Ausstiegsszenario eine Reihe ungelöster technischer Fragen, etwa die bislang eher rudimentären Lösungen zur Stromspeicherung oder das Problem starker Schwankungen in den Netzen. Ist ein Ausstieg bis 2020/21 vor diesem Hintergrund überhaupt realistisch oder brauchen wir da mehr Zeit?

Kemfert: Wir brauchen Zeit und Geld. Geld, das von den kapitalstarken Konzernen nicht freiwillig zur Verfügung gestellt wird – zumindest nicht in dem Umfang, wie es notwendig gewesen wäre. Zeit allein nützt somit nichts, sondern nur, wenn man eine mögliche Laufzeitverlängerung an Bedingungen koppelt: kein Zubau von Kohlekraftwerken, Ausbau der Netze und Stromspeicher, Verbesserung des Wettbewerbs auch im Gasbereich, damit Gas als Ressource attraktiver wird. All dies muss ein Energiekonzept regeln.

Euro am Sonntag: Die Energieerzeuger haben für den Fall einer Brenn-

elementesteuer bereits mit einem vorzeitigen Stopp der Erzeugung von Atomstrom gedroht. Könnten sich die Konzerne so etwas wirtschaftlich überhaupt leisten oder ist das eine leere Drohung?

Kemfert: Eine absolut leere Drohung, denn die Kernkraftwerke werden ja ohnehin abgeschaltet.

Euro am Sonntag: Aber die Konzerne sagen, die Brennelementesteuer könnte dazu führen, dass sich der Betrieb einzelner Kernkraftwerke womöglich nicht mehr rechnet und jedes Dritte der insgesamt 17 deutschen Kernkraftwerke abgeschaltet werden müsste.

Kemfert: Die Belastung hängt entscheidend von der Entwicklung des Großhandelsstrompreises ab. Wenn dieser niedrig bleibt, also unter fünf Cent je Kilowattstunde, lohnen sich in der Tat kleinere, ältere AKWs nicht mehr, da die Brennelementesteuer die Kosten deutlich erhöht. Ein derart niedriger Strompreis ist zumindest für die kommenden Jahre eher unwahrscheinlich. Man kann eher damit rechnen, dass der Börsenpreis auf über sechs Cent pro Kilowattstunde steigt. Damit lohnt sich auch der Weiterbetrieb alter Anlagen. Wettbewerber würden sich über die freiwillige Aufgabe von Kraftwerken freuen. Insbesondere ausländische Wettbewerber, Stadtwerke, kleinere und mittlere Energieanbieter, auch Anbieter erneuerbarer Energien wären froh, wenn sie in neue Anlagen investieren könnten und nicht traurig, wenn einige Großkraftwerke abgeschaltet würden. Derzeit lohnen sich die Investitionen für kleinere Energieanbieter oftmals nicht, da ausreichend Strom eben durch die Großkraftwerke erzeugt wird.

Euro am Sonntag: In anderen Ländern ist die Situation völlig anders. In den USA oder Großbritannien werden neue Atomkraftwerke geplant. Droht den deutschen Versorgern hier Wettbewerbsverzerrung?

Kemfert: Es ist zwar richtig, dass viele andere Länder auf Atomstrom setzen, denn in der Tat kann die Kernenergie eine Brückenfunktion übernehmen. Allerdings wird die Atomkraft auch in anderen Ländern das Energieproblem nicht lösen, denn über 80 Prozent der erzeugten Energie weltweit kommt aus fossiler Energie. Hier liegt die eigentliche Aufgabe. Zudem haben viele Länder angekündigt, dass Atomkraftwerke ohne Subvention auskommen müssen. Da wird dann der eine oder andere heute angekündigte Zubau nicht stattfinden.

Claudia Kemfert: Professorin für Energieökonomie an der Hertie School of Governance, Berlin

Das vollständige Interview finden Sie unter www.finanzen.net

